

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/124

4. Juli 1977

Janos Kadar in Bonn

Bedeutender Schritt zur Weiterentwicklung der Beziehungen
mit Ungarn

Von Georg Schlaga MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegen-
heiten

Seite 1 / 43 Zeilen

Zeichen der deutsch-polnischen Beziehungen stehen auf Erfolg

Brandts Polen-Reise hat unseren Interessen wichtigen Dienst
geleistet

Seite 2 / 40 Zeilen

Gemeinsamer Markt brachte wirtschaftliche und soziale Vorteile

Vor zwanzig Jahren billigte der Bundestag die Römischen Ver-
träge

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments und Präsident des
Deutschen Rates der Europäischen Bewegung

Seite 3 / 43 Zeilen

Statt heilig - ständig scheinheilig

Zu Werner Höfers Kritik an den Parteien und ihrer Rundfunk-
politik

Von Hermann Heinemann
Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen

Seite 4 und 5 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 406
Pressenhof 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 96 26/28
Telefax: 08 86 66-46 pphm d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Janos Kadar in Bonn

Bedeutender Schritt zur Weiterentwicklung der Beziehungen mit Ungarn

Von Georg Schlaga MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten

Der Bonn-Besuch des Ersten Sekretärs der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Janos Kadar, stellt einen wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung der Beziehungen mit der Volksrepublik Ungarn dar und unterstreicht die Bedeutung, die man von beiden Seiten dem Ausbau der gegenseitigen Zusammenarbeit, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, beimißt.

Seit dieser Besuch vor nunmehr zwei Jahren am Rande der KSZE-Konferenz in Helsinki vereinbart wurde, haben sich die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland zufriedenstellend entwickelt. Das Verhältnis beider Staaten zueinander ist geregelt und stellt eine gute Grundlage für den Besuch Kadars dar.

Dies schließt nicht aus, daß wechselseitige Wünsche nach mehr Zusammenarbeit in konkreten Bereichen bestehen. Im Interesse des weiteren Ausbaus der Beziehungen werden diese gegenseitigen Wünsche durch persönliche Gespräche während des Besuches sicher weiter verdeutlicht und umgesetzt werden können.

Während eines Informationsbesuches in der Volksrepublik Ungarn Anfang Juni 1977 haben im Vordergrund der Gespräche, die unsere Delegation dort führte, die Wünsche der Ungarn nach weiterer Aufstockung der Handelskontingente und Erweiterung der Positionen, nach einer ausgeglicheneren Handelsbilanz, nach verbesserter, erweiterter und intensivierter industrieller Kooperation und nach Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Visa-Anträgen für Reisen in die Bundesrepublik Deutschland gestanden.

Der beiderseitige Wunsch nach verstärkter Kooperation sollte tatsächlich seinen Ausdruck in stärkerer Liberalisierung des bilateralen Handels finden. Die Kooperationsphasen müßten dazu verlängert und intensiviert werden; und vor allem sollte man versuchen, aus dem Stadium der Modellversuche bei den ca. 300 Kooperationsvorhaben zwischen deutschen und ungarischen Firmen in breiter Front herauszufinden.

Diese verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte durch intensive Bemühungen um einen weitergehenden kulturellen Austausch ergänzt werden. Hier ist anzumerken, daß in Ungarn durch Unterstützung der dortigen Regierung deutsche Literatur und Kunst einen hohen Stellenwert haben. Es wäre wünschenswert, durch Initiativen unserer Regierung ein ähnlich hohes Engagement für ungarische Kulturgüter als Äquivalent zu entwickeln. Ich erwarte auch in diesem Zusammenhang, daß das paraphierte deutsch-ungarische Kulturabkommen jetzt unterschrieben werden wird und deshalb konkrete Ansätze in diesem Bereich zur Verstärkung des kulturellen Austausches vorhanden sind.

Der Besuch des Ersten Sekretärs wird sicher in den angesprochenen und in anderen Bereichen die gegenseitige Zusammenarbeit im beiderseitigen wirtschaftlichen Interesse und im Interesse der Völkerverständigung und der friedlichen Kooperation weiter vorantreiben.

Die deutsch-ungarischen Beziehungen bieten ein praktisches Beispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit im wechselseitigen Interesse zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. (-/4.7.1977/ks/10)

+ + +

Zeichen der deutsch-polnischen Beziehungen stehen auf Erfolg

Brandts Polen-Reise hat unseren Interessen wichtigen Dienst geleistet

Knapp drei Monate vor dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Volksrepublik Polen stehen die Zeichen der deutsch-polnischen Beziehungen auf Erfolg. In den letzten Wochen war ein reger und intensiver Gesprächsaustausch zwischen Bonn und Warschau festzustellen:

- Eine Delegation der Parlamentsgruppe der Polnischen Vereinigten Arbeitspartei unter Leitung von Edward Babiuch führte in Bonn Gespräche mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, dem FDP-Fraktionsvorsitzenden, Wolfgang Mischnick, und weiteren Abgeordneten beider Fraktionen.
- In Bonn-Bad Godesberg fand das erste deutsch-polnische Forum unter hochrangiger deutscher und polnischer Beteiligung statt. Seine Teilnehmer wurden von Bundeskanzler Helmut Schmidt empfangen.
- Die Reise des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in die Volksrepublik Polen, die auf Einladung des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, erfolgte, bildete den bisherigen Höhepunkt der politischen Kontakte zwischen Bonn und Warschau in diesem Jahr. Der schrille Begleitkommentar des CDU-Abgeordneten Czaja konnte den Erfolg dieser Reise nicht gefährden. Er unterstrich im Gegenteil ihre Notwendigkeit.

Willy Brandt hat keine Verhandlungen geführt. Er hat vor allem den polnischen Parteichef informiert, und er hat sich von diesem informieren lassen. Dabei ging es auch um die zweiseitigen Problemfelder. Ein von der deutschen Seite nicht genügend realisiertes Schulbuchabkommen, die Verwendung von nazistischen Ortsnamen aus der Kriegszeit in deutschen Personalpapieren, die Bezeichnung der Umsiedler aus der Volksrepublik Polen als "Vertriebene".

Hier haben die Gespräche Willy Brandts ein günstiges Klima geschaffen, das Bundesregierung, aber auch die Bundesländer für konkrete Regelungen im Interesse beider Völker nützen sollten.

Das gleiche trifft auch für die Gesprächspunkte zu, denen Willy Brandt und Edward Gierek die meiste Zeit widmeten: die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten, besonders bei der Energieversorgung und bei gemeinsamen Wirtschaftsprojekten in Drittländern; das gemeinsame Interesse an der Verminderung der Rüstung in Ost und West (SALT II und MBFR in Wien); die erneute Absage an die Weiterverbreitung von Atomwaffen, was eine schärfere Fassung des Nichtverbreitungsvertrages notwendig macht.

Insgesamt gelten: Die Reise Willy Brandts nach Polen hat den Interessen der Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Dienst geleistet. Sie hat dazu beigetragen, daß, wie der SPD-Vorsitzende es formuliert hat, "der Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 nach Buchstaben und Geist keinen Schaden leidet". Darauf kommt es auch in Zukunft an.

Friedhelm Merz
(-/4.7.1977/ks/ja)

+ + +

Gemeinsamer Markt brachte wirtschaftliche und soziale Vorteile

Vor zwanzig Jahren billigte der Bundestag die Römischen Verträge

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments und Präsident des Deutschen
Rates der Europäischen Bewegung

Vor 20 Jahren (5. Juli 1957) billigte der Deutsche Bundestag die Römischen Verträge (EWG- und EURATOM-Vertrag): Der Gemeinsame Markt wird geschaffen. Die Zölle zwischen den zunächst sechs und seit 1973 neun Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft werden stufenweise abgebaut. Mit Vollendung dieser Zollunion am 1. Juli dieses Jahres wurde ein Ziel der EG-Verträge erreicht.

Während sich die Bundesrepublik in der Gründungsphase der Europäischen Gemeinschaften noch mitten im Wiederaufbau befand, erkannte sie schon damals die Notwendigkeit eines gemeinsamen politischen Handelns mit den europäischen Nachbarn, die willens waren, die Beziehungen zueinander friedlich zu regeln.

Der Gemeinsame Markt hat den 260 Millionen Bürgern in den Mitgliedsländern wirtschaftliche und soziale Vorteile gebracht. Das Wirtschaftswachstum und der heutige Lebensstandard in der Gemeinschaft wären ohne dieses Instrument nicht möglich geworden. Nicht zuletzt wurde der Bundesrepublik damit ein weites Absatzfeld vor allem für ihre industriellen Erzeugnisse eröffnet. Das bedeutet zugleich: zahlreiche in Industrie und Export neu geschaffene Arbeitsplätze.

Obwohl wir heute von den weiteren Zielen der EG-Verträge wie volle Wirtschaftsintegration und insbesondere Europäische Union weit entfernt sind, sollte uns das in zwei Jahrzehnten Erreichte ermutigen, kritisch-nüchtern Bilanz zu ziehen und das Positive einer solchen Inventur als Grundlage für unsere künftigen Anstrengungen herauszustellen.

Wir können uns beispielsweise in allen EG-Ländern frei bewegen und niederlassen. Soziale Sicherung ist nicht nur im eigenen nationalen Bereich garantiert. Die Wirtschaftskrise konnte durch gemeinsame Ankurbelungsmaßnahmen in ihren Auswirkungen, die Arbeitslosigkeit durch Hilfen aus dem EG-Sozial- und Regionalfonds gemildert werden.

Die Europäische Gemeinschaft hat seit 1969 mit der "Europäischen Politischen Zusammenarbeit" (EPZ) eine gemeinsame Außenpolitik entwickelt. Das Abkommen von Lomé, das die Handelsbeziehungen der EG mit 52 Staaten der Dritten Welt regelt, ist ein nachahmenswertes Modell moderner Entwicklungspolitik.

Schließlich kann der Beschluß über die Direktwahlen zum Europaparlament und die damit demokratisch legitimierte Völkervertretung dem Einigungsprozeß in Europa neue Impulse vermitteln. Auf den Ausbau dieser Bereiche des gemeinsamen Vorgehens muß sich unser Bemühen richten. Dabei müssen vorrangig die Fragen wie Arbeitslosigkeit und Inflation, aber auch Umweltschutz und Kernenergie - Probleme, an die die Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft noch nicht dachten - gemeinsam gelöst und die bestehenden Strukturen, z.B. der EG-Agrarpolitik, neu überdacht werden.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat den Römischen Verträgen am 5. Juli 1957 in diesem Sinne zugestimmt. So Karl Mommer, der die Zustimmung seiner Fraktion mit dem Schlußwort begründete: "Wenn man hier zustimmt, kann man es nur in der Überzeugung tun, daß in diesen Texten nicht mehr enthalten ist und vielleicht nicht mehr enthalten sein konnte als nur ein Anfang, als eine Grundlage für weitere Entwicklungen." (-/4.7.1977/ks/10)

Statt heilig - ständig scheinheilig

Zu Werner Höfers Kritik an den Parteien und ihrer Rundfunkpolitik

Von Hermann Heinemann

Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen

Der ausscheidende Fernsehdirektor des WDR, Werner Höfer, hat den Abschied zum Anlaß genommen, noch einmal richtig zuzuschlagen: den politischen Parteien und ihrer Rundfunkpolitik hat er eine kräftige Standpauke gehalten. Dieser Vorgang ist in zweierlei Hinsicht merkwürdig. Einmal, weil doch gerade der WDR ein Beispiel dafür ist, wie Engagiertheit und Liberalität bewahrt werden können, gerade auch mit Hilfe vernünftiger Persönlichkeiten in den politischen Parteien. Dabei ist beim WDR deutlich, daß vor allem die sozial-liberalen Kräfte für Vernunft sorgen, weniger der CDU-Politiker Windélen oder der Nordrhein-Westfalen-Neuling Biedenkopf. Zum zweiten: Wenn selbst ein Fachmann von Höfer von "den" Parteien spricht, muß irgendwas nicht stimmen. Er hätte aus genauer Kenntnis Unterschiede machen müssen.

Die Kritik an den Parteien, in deren Horn nun auch Höfer gestoßen hat, ist üblich und leider schwer zu differenzieren. Denn es gibt kaum einen politischen Bereich, über den öffentlich so befangen berichtet wird. Fernsehen und Hörfunk haben Scheu, über sich selbst zu reden - die Zeitungen, einige natürlich ausgenommen, sind zum Teil betriebsblind. Einerseits, weil sie - Springer-Blätter sowieso - gegen den Rundfunk Stimmung machen, andererseits, weil sie am Kabelfernsehen handfest interessiert sind. Für den Bürger ist deshalb kaum erkennbar, daß es nicht "die Parteien" sind, sondern vor allem die C-Parteien, die den Rundfunk bedrängen.

Eine unchristliche Scheinheiligkeit ist an der Tagesordnung. Dafür nur ein paar Beispiele: Mit privaten Pilotprojekten wollen die CDU-Politiker für "mehr" Vielfalt sorgen. Tatsächlich soll damit endlich das vielfach angefeindete Rundfunkmonopol attackiert werden. Anderes Beispiel: Mit dem ernstesten Gesicht mahnen Politiker wie Biedenkopf vor zuviel Meinungsjournalismus in Rundfunk und Fernsehen. Von auch nur einem kritischen Satz aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der "Bild"-Zeitung, die täglich übelsten Meinungsjournalismus in Millionenaufgabe betreibt, habe ich nichts gehört - die CDU/CSU schließt auch hier schamvoll die Augen.

In der Personalpolitik beim Rundfunk wird es besonders deutlich, mit wieviel Scheinheiligkeit der Medienexperte Schwarz-Schilling seine Poli-

tik zu machen versucht. Während die SPD sich demokratisch verhält und beispielsweise, auf persönliche Qualität hoffend, den neuen Südwestfunk-Intendanten Hilf mitwählte, bekämpft die CDU in Berlin den früheren SPD-Fraktionschef Wolfgang Haus mit geradezu unanständiger Heftigkeit. War denn Hilf als Kohls Chef der Staatskanzlei etwa weniger parteipolitisch engagiert als jetzt Wolfgang Haus, der neue SFB-Intendant? Stattdessen schob die CDU den London-Reporter Edmund Gruber vor und erklärte, auch Journalisten müßten eine Chance haben. Ja hat denn Schwarz-Schilling bei der ZDF-Intendantenwahl dem Journalisten Reinhard Appel eine Chance gegeben? Oder wird er seinen Freunden im Saarland Herrn Gruber empfehlen? Natürlich nicht - die ganze christdemokratische Scheinheiligkeit liegt auf der Hand.

Ein anderes Beispiel für Schwarz-Schillings "schlaue" Politik: Die letzten Personalentscheidungen der ARD-Intendanten hat er parteipolitisch einseitig genannt, sie seien eine Bestätigung der CDU-Bedenken gegen das öffentlich-rechtliche System.

Hier muß man fragen, ob ein solcher Politiker es mit der Redlichkeit noch ernst nimmt. Er nennt die SPD-Politik "heuchlerisch". Dann muß er mal in den Spiegel gucken. Die Intendanten nämlich, deren einseitige Entscheidungen er kritisiert, haben in der letzten Zeit drei CDU-Mitglieder, Schwarzkopf, Stephan und Wördemann, und einen CDU-Sympathisanten in wichtige Ämter berufen, aber keinen einzigen Sozialdemokraten. Wer betreibt also heuchlerische Politik?

Grund sich zu beschweren, hat also höchstens die SPD. Bei der SPD jedoch hält man viel von unabhängigen Journalisten und hält sogar der CDU angehörende Journalisten für in der Lage, ihren beruflichen Pflichten fair nachzukommen. Bei der CDU überlegt man nur, ob ein der CDU angehörender Mann auch CDU-treu genug ist.

Hoffentlich wird die Öffentlichkeit und auch Werner Höfer den Unterschied zwischen der Medienpolitik "der" Parteien begreifen, wenn im Saarland ein neuer Intendant gewählt wird. Das wird nämlich weder der vielgerühmte Berliner Kandidat Gruber noch ein CDU-Mitglied von der Unabhängigkeit des ZDF-Intendanten von Hase. (-/4.7.1977/ks/ben)